

# Daddy machte Donald Trump reich

US-Präsident kam dank dubioser Steuertricks und der Hilfe seines Vaters zu Millionen

Von Martin Suter, New York

Von wegen «self-made millionaire»! In einer gross angelegten, über acht Zeitungsseiten langen Recherche macht die *New York Times* Donald Trumps Mär des selbst erworbenen Reichtums den Garaus. Nach der Auswertung von mehr als 100 000 Dokumenten kommt die Zeitung zum Schluss, dass die Erfolgsgeschichte des US-Präsidenten weitgehend erlogen ist. In Wahrheit beruht das Trump'sche Millionenvermögen auf höchst fragwürdigen Steuertricks und, von der Wiege bis zur Gegenwart, auf der finanziellen Hilfe von Daddy Fred Trump.

Auf den kürzesten Nenner gebracht: Der Vater transferierte sein ganzes Leben lang Profite aus seinem Immobilienunternehmen auf die Kinder, er stand Donald in finanziellen Krisen bei, und er ersparte der Familie Steuern in dreistelliger Millionenhöhe.

## Dünne Dementis

Das explosive Exposé erfuhr sogleich energische Widerrede von der Pressesprecherin Sarah Huckabee Sanders. «Fred Trump ist seit bald zwanzig Jahren nicht mehr am Leben», schrieb sie, «und es ist traurig, diese fehlgerichtete Attacke gegen die Trump-Familie in der scheinenden *New York Times* zu lesen.» Trump-Anwalt Charles Harder formulierte schärfer. «Es gab keinen Betrug und keine Steuerhinterziehung durch irgendjemanden.» Zudem habe Donald Trump mit all dem «praktisch nichts» zu tun gehabt; alles sei von «lizenziierten Professionellen in voller Übereinstimmung mit dem Gesetz» abgewickelt worden.

Die Dementis erscheinen aber dünn im Vergleich zur erdrückenden Faktensammlung in dem Zeitungsartikel. Auf die Recherche seien «zu viele Stunden verwendet worden, als dass wir sie zählen könnten», sagt Susanne Craig, eine der drei Autoren. Das Trio begann die Ermittlungen vor 18 Monaten, als MSNBC erstmals einen Auszug aus den streng geheim gehaltenen Steuererklärungen Trumps veröffentlichte.

Trump's 1905 geborener Vater startete als Bauherr und Immobilieninvestor im New Yorker Stadtteil Brooklyn. Zeit seines Lebens war er sparsam, aber immer dachte er an seine fünf Kinder. Alle liess er von Anbeginn an den Früchten seines Erfolgs teilhaben. Der viert-



**Vorwürfe gegen Immobilien-Tycoons.** Donald Trump und seine Familie wehren sich gegen die Betrugsanschuldigungen der *New York Times*. Foto Keystone

geborene Donald «nahm als Dreijähriger jährlich 200 000 an heutigen Dollar ein», schreibt die Zeitung. Im Alter von acht sei er Millionär gewesen; als 40- und 50-Jähriger habe er von den Profiten des auf mehrere Milliarden geschätzten

väterlichen Immo-Imperiums über fünf Millionen Dollar im Jahr eingenommen.

Diese Zahlen der *Times* stammen vermutlich aus den Akten eines Anfang Jahr verstorbenen Lieblingsneffen des Vaters, der die Bücher des Familien-

unternehmens führte. Sie widerlegen die von Trump im Wahlkampf unermüdlich wiederholte Behauptung, der Vater habe ihm bloss eine kleine Anleihe von einer Million Dollar gegeben; alles weitere Vermögen habe er selbst erwirtschaftet.

Tatsächlich half Fred Donald in einem Mass, dass Vater und Sohn praktisch als Gespann gelten mussten. Die väterlichen Darlehen hätten sich auf mindestens 60,7 Millionen Dollar summiert, schreibt die Zeitung. 1990 äufnete der Vater 50 Millionen Dollar an Cash-Reserven, um dem Sohn bei Fehlschlägen unter die Arme greifen zu können.

So kaufte der Vater im Dezember des gleichen Jahres in Donalds Casino in Atlantic City Chips im Wert von 3,5 Millionen Dollar. Damit rettete er das Geldspielhaus vor dem Zahlungsverzug. Die Busse für das illegale Manöver betrug bloss 65 000 Dollar.

## Nur 52 Millionen Dollar bezahlt

In den 1980er- und 1990er-Jahren schaffte es die Familie immer wieder, die damals 55 Prozent betragende Schenkungssteuer zu umgehen. Ein Beispiel von 1987: Fred kaufte für 15,5 Millionen Dollar einen 7,5-Prozent-Anteil an dem vom Filius gebauten Condo-Turm Trump Palace. Vier Jahre später verkaufte er diesen Anteil für 10 000 Dollar – an den Sohn. In Steuerdokumenten ist diese Schenkung in Multimillionenhöhe nicht verzeichnet.

Weitere Tricks: Die Trumps schufen eine Verwaltungsgesellschaft, die den Betrieb der Immobilien zu überhöhten Kosten abwickelte. Angeblich wurden mit den falschen Zahlen bei den Mietern Zinserhöhungen durchgesetzt. Und immer wieder liess das Unternehmen seine Liegenschaften extrem tief einschätzen. Anstatt 550 Millionen seien bloss 52 Millionen Dollar Schenkungs- und Erbschaftssteuern entrichtet worden.

Die Verjährungsfristen erlauben keine nachträgliche Strafverfolgung der dubiosen Steuermanöver. New York State leitete indes eine Untersuchung ein, um über das Zivilrecht entgangene Steuern einzufordern. Ob die Zeitungsrecherche wahlpolitische Folgen hat, muss sich erst zeigen. Donald Trump wird nicht das erste Mal als Schwindler und Grossmaul entlarvt. Viele seiner Anhänger werden die neuen Erkenntnisse kaum rühren.

## Nachrichten

### Klage gegen Polen bei EU-Gericht angekommen

**Luxemburg.** Im Streit über die Zwangspensionierung von Richtern in Polen hat die EU-Kommission wie angekündigt Klage beim EU-Gerichtshof (EuGH) eingereicht. Nach Angaben eines Gerichtssprechers befasst sich der EuGH nun zunächst mit einem Antrag auf eine einstweilige Anordnung. Denn die EU-Kommission will die Zwangspensionierungen von Richtern mit sofortiger Wirkung stoppen lassen. Zudem sollen bereits betroffene Richter mindestens bis zum abschliessenden EuGH-Urteil ihre Arbeit fortsetzen können. SDA

### Griechenland will Schulden früher tilgen

**Athen.** Griechenland will Schulden bei der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) früher als nötig zurückzahlen. Damit sollten die Kosten für die Schuldentilgung reduziert werden. Griechenlands Schulden belaufen sich auf 180 Prozent der Wirtschaftsleistung. Seit 2010 hat das südeuropäische Land im Rahmen von drei Hilfspaketen rund 280 Milliarden Euro an Krediten erhalten. SDA

### Kanada entzieht Suu Kyi Ehrenstaatsbürgerschaft



**Ottawa.** Wegen der Rohingya-Krise entzieht Kanada Myanmar's De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi (Bild) die Ehrenstaatsbürgerschaft. Nach den Abgeordneten stimmten am Dienstag auch die Senatoren für die Aberkennung. Der Entzug ist eine Premiere in Kanadas Geschichte. Das Ansehen der Friedensnobelpreisträgerin und einstigen Freiheitsikone hat angesichts des brutalen Vorgehens gegen die Rohingya-Minderheit in Myanmar schweren Schaden genommen. SDA

### EU-Parlament will massiv weniger CO<sub>2</sub>

**Strassburg.** Im Kampf gegen den Klimawandel hat das EU-Parlament eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses von Neuwagen bis 2030 um 40 Prozent gefordert. Den weniger ambitionierten Vorschlag der EU-Kommission lehnte es ab. Brüssel hatte vorgeschlagen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um lediglich 30 Prozent zu verringern. Zugleich verlangte das Parlament in Strassburg ein Zwischenziel von 20 Prozent weniger CO<sub>2</sub> bis 2025. Nach dem Votum können nun die Verhandlungen zwischen dem EU-Parlament, den EU-Staaten und der EU-Kommission beginnen. SDA

### Türkei schickt weiteren Konvoi nach Idlib

**Kammari.** Die Türkei hat einen weiteren Militärkonvoi zur Verstärkung ihrer Truppen in der syrischen Rebellenbastion Idlib geschickt. Mindestens 40 Lastwagen, gepanzerte Personentransporter und andere Fahrzeuge trafen gestern Morgen in den Rebellengebieten ein und fuhren in Richtung Süden, wie ein AFP-Reporter berichtete. Es wurde erwartet, dass die Truppen die von der Türkei am Rande von Idlib eingerichteten Beobachtungsposten verstärken. SDA

### Putin nennt Ex-Agenten Skripal Landesverräter

**Moskau.** Der russische Präsident Wladimir Putin hat den vergifteten russischen Ex-Agenten Sergej Skripal als Landesverräter bezeichnet. «Einige glauben, Herr Skripal sei so etwas wie ein Menschenrechtsaktivist», sagte Putin gestern in Moskau. «Er ist aber nur ein Dreckskerl, sonst nichts.» Skripal habe seine Heimat verraten. SDA

## Putin setzt Reform in Kraft

Anhebung des Rentenalters stösst nach wie vor auf viel Kritik

**Moskau.** Ungeachtet des Unmuts vieler Bürger hat Russlands Präsident Wladimir Putin die umstrittene Rentenreform in Kraft gesetzt. Gestern unterzeichnete Putin das Gesetz zur Anhebung des Rentenalters. Die erste Erhöhung des Rentenalters in Russland seit fast 90 Jahren stösst auf erheblichen Widerstand in der Bevölkerung und hat auch Putins Popularität deutlich in Mitleidenschaft gezogen.

Russlands Oberhaus, der Föderationsrat, verabschiedete die Vorlage gestern dennoch mit grosser Mehrheit. Letzte Woche hatten bereits die Abgeordneten der Duma die nach anhaltenden Protesten leicht abgemilderten Reformen durchgewunken. Putin hatte sich im August als Reaktion auf die Proteste in einer Fernsehansprache zu der Reform bekannt, aber zugleich eine Abschwächung verkündet.

Die Pläne sahen ursprünglich vor, das Renteneintrittsalter bei Frauen schrittweise von 55 auf 63 Jahre und bei Männern von 60 auf 65 Jahre anzuheben. In seiner geänderten Fassung sieht das Gesetz nun vor, dass sich das Renteneintrittsalter für Frauen um fünf anstatt acht Jahre erhöht.

Frauen mit drei oder mehr Kindern dürfen ausserdem früher in Rente gehen. Die Reform dürfte dazu führen, dass viele Männer kaum mehr den Renteneintritt erleben – sie werden in Russland im Durchschnitt nicht älter als 65 Jahre. SDA

## Ein Teilsieg für Teheran

USA müssen Iran-Sanktionen teilweise aufheben, urteilt der UNO-Gerichtshof

**Den Haag.** Die USA müssen gemäss einem Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) ihre Strafmassnahmen gegen Iran teilweise aufheben. Die Sanktionen, die humanitäre Güter betreffen, seien unzulässig, urteilte der IGH gestern einstimmig in Den Haag.

Der Vorsitzende Richter Abdulqawi Ahmed Yusuf erklärte, die Regierung in Washington müsse mit den Mitteln ihrer Wahl dafür sorgen, dass jegliche Behinderung im humanitären Bereich beendet werde. Das betreffe die Ausfuhr von Medikamenten, medizinischem Material, Nahrungsmitteln und Agrarprodukten. Auch Flugzeugteile seien betroffen.

Die Strafmassnahmen gegen die für humanitäre Zwecke benötigten Güter könnten «ernstliche nachteilige Wirkungen» auf die Gesundheit und das Leben der iranischen Bevölkerung haben. Sie hätten ausserdem «das Potenzial, die Sicherheit der zivilen Luftfahrt in Iran und das Leben ihrer Nutzer zu gefährden».

### «Klares Zeichen»

US-Präsident Donald Trump hatte im Mai den Ausstieg der USA aus dem internationalen Atomabkommen mit Teheran verkündigt und im August Sanktionen gegen Iran wieder in Kraft gesetzt. Nach Auffassung des Gerichts in Den Haag verstossen die Sanktionen gegen den Freundschaftsvertrag zwischen den USA und Iran aus dem Jahr 1955. Dieser Vertrag stammt allerdings noch aus der Zeit von Schah Reza Pah-

levi. Seit dem Sturz der Monarchie unterhalten die USA und die Islamische Republik Iran keine diplomatischen Beziehungen mehr. Die US-Interessen in Iran werden von der Schweiz wahrgenommen.

Das Aussenministerium in Teheran begrüsst das Urteil als «klares Zeichen» dafür, dass Iran «im Recht» sei. Es werde einmal mehr deutlich, dass Washington zusehends in die Isolation gerate.

### Legitimität angezweifelt

Die US-Regierung zweifelte hingegen die Legitimität des Gerichtsentscheids an. Der Internationale Gerichtshof sei für den Fall nicht zuständig, schrieb der US-Botschafter in den Niederlanden, Pete Hoekstra, auf Twitter. Ohnehin betreffe das Urteil nur einen «sehr begrenzten» Bereich. Das Gericht habe «den weitreichenden Forderungen Irans» eine Absage erteilt.

Gleichzeitig gab US-Aussenminister Mike Pompeo in Washington die Kündigung des Freundschaftsvertrags über die wirtschaftlichen und konsularischen Beziehungen bekannt. Iran habe den Vertrag seit Jahren missbraucht und missbrauche auch den IGH für politische Zwecke, sagte Pompeo in Washington.

Iran wollte in einem ersten Schritt erreichen, dass das der Internationale Gerichtshof die Sanktionen vorläufig aufhebt, bevor sich die 15 Richter grundlegend mit dem Fall befassen. Bis zum Urteil zur gesamten Klage können Jahre vergehen.